

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seltzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7905.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Pfeilzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 22.

Sonnabend, den 31. Mai 1913.

17. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperrungen und Lohnbewegungen. — Wo steht die christliche Gewerkschaftsbewegung? I. — Die Beendigung der Tarifbewegung im Basaltlavagebiet zu Mayen. — Die Lohnbewegung der Plastersteine in Kirchberg und Umgebung. — Der Kampf der Plastersteine in Böllingshofen-Geberschweier. — Zur Situation im Pirnaer Sandsteingebiet. — Der Stein- und Tonarbeiterverband in der Schweiz. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Mitteilung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Versammlungskalender. — Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: Die verdammte Bedürfnislosigkeit. — Wirtschaftliche Rundschau. — Zur Betriebsöffnung der „Vollstufwerke“. — Zu den Lichtbildvorträgen. — Gefährliche Konkurrenz für den Maurerberuf. — Ueber die Herabsetzung der Altersgrenze für Altersrentner auf das 65. Lebensjahr. — Literarisches.

Streiks, Sperrungen und Lohnbewegungen.

Gesperkt (Hessen): Odenwald-Granitwerke. — Pirna: Sandsteinwerk Schredenbach & Schulze. — Altleben: Steinbruchbetrieb Schiller & Radert. — Saarbrücken: Granitwerk Burger. — Wilsen an der Saale: Zementwerk Schneefuß. — Lauban: Basaltwerk Reiste. — Kanten: Vereinigte Terrazzowerke. — Bad Aibling: Schwentke Marmorwerke. — Bamberg: Firma Schrepfer.

Dörnberg-Weimar: Bei der Basaltfirma Frz. Bauch & Co. haben die Kollegen die Arbeit eingestellt. Ein großer Teil davon wurde anderweitig untergebracht.

Höchst (Odenwald): Die Sandsteinehnen und Brecher stehen seit dem 14. April im Streik. Es kommen 60 Kollegen in Frage.

Hallerode, Darlingerode und Umgebung: Im Granitgebiete des Harzes sind am 5. Mai etwa 450 Kollegen in den Streik getreten.

Dresden-Pirna: Die Firmen Gebrüder Israel und die Steinindustrie-Aktiengesellschaft weigern sich seit Sonnabend, den 3. Mai, nach dem neuen Tarif zu bezahlen. Die Kollegen haben in allen Betrieben genannter Firmen die Arbeit eingestellt.

Weißes Maintalsteingebiet: Der Streik um einen Flächen- und Gliederberechnungstarif dauert weiter. In Iphofen, Lichtenstein, Bodenbach, Fetschenbach, Miltenberg und Klingenberg mußten sich die Kollegen solidarisch erklären, da ihnen zugemutet wurde, Streikarbeit zu machen. Die Unternehmer beabsichtigen überdies eine Ausperrung der Sandsteinarbeiter in Unterfranken.

München: Am 25. Mai sind über 200 Steinmehnen in den Streik getreten. Die Meister wollten die festgelegten allgemeinen Lohnzulagen nicht gewähren.

Mayen (Rhd.): Die Lohn- und Tarifbewegung im Basaltlavagebiet ist beendet. An dem neu abgeschlossenen Vertrag nimmt zum erstenmal unser Verband als Tarifkontrahent teil.

Trier: Die Sandsteinehnen stehen in Lohnbewegung.

Böllingshofen-Geberschweier: Der Kampf ist mit teilweisem Erfolg für die Kollegen beendet. Die Sperre über die Betriebe bleibt im vollen Umfange aufrechterhalten, da noch eine Anzahl Kollegen arbeitslos sind.

Tiefenbach (Elsäßisches Steinbruchgebiet): Nach der Firma Kauscher hat auch der Unternehmer Zimmermann acht Kollegen wegen Organisationszugehörigkeit entlassen.

Schnitz (Sachsen): Die Kollegen der Granitfirma „Ruhebänke“ sind in den Streik getreten. Die Unterhandlungen sind im Gange.

Riegnitz: Mit der Firma M. Schnabel, Granitwerk, wurde erstmalig ein Tarif für Steinmehnen, Maschinen- und Handschleifer sowie Säger abgeschlossen. Die Handschleifer haben ansehnliche Verbesserungen erzielt. Für die Steinmehnen wurde der Löbauer Tarif mit einigen Verbesserungen zur Anerkennung gebracht.

Alt-Warthau: Wegen Nichtanerkennung eines Schiedsgerichtsurteils ist die Firma Schilling gesperrt.

Altenhain-Ammelhain: 130 Plastersteinehnen traten am 26. Mai bei der Firma Ebert & Urban in den Streik. Die Firma weigert sich, einen Tarif abzuschließen, auch sonst will sie Zugeständnisse nicht machen.

Burzen: Bei den Plastersteinehnen Busse und Zachmann stehen 370 Kollegen in Lohnbewegung. Nach den bisherigen Verhandlungen zu urteilen, ist eine Einigung sehr wohl möglich.

Wo steht die christliche Gewerkschaftsbewegung?

1.
Seitdem die Enzyklika „Singulari Quadam“ erschienen ist, sind acht Monate ins Land gegangen. Diese Enzyklika hat in der Gewerkschaftsfrage eine für die christlichen Gewerkschaften, vornehmlich aber für die gläubigen katholischen Arbeiter, bedeutende Entscheidung herbeigeführt. Wenn die Enzyklika auch nicht das in weiten Kreisen befürchtete Verbot der interkonfessionellen-christlichen Gewerkschaften ausseracht, so weiß doch heute jeder Unbefangene, wie man im Vatikan über die christlichen Gewerkschaften denkt. Eigent-

lich wußte man das ja schon längst vor dem 24. September 1912, aber es fehlte bis dahin an dem entscheidenden Machtwort des Papstes, wie sich die katholischen Arbeiter in Deutschland zu den christlichen Gewerkschaften und wie sich diese wieder den katholischen Grundfragen gegenüber zu verhalten hätten.

Der Papst hat den katholischen Arbeitern den Beitritt zu den christlichen Gewerkschaften nicht empfohlen, er gestattet ihnen diesen Beitritt jedoch unter besonderen, in der Enzyklika näher bezeichneten Umständen. Den christlichen Gewerkschaften sagt die Enzyklika, daß sie von der katholischen Kirche aus weiter geduldet werden sollen.

Diese in der Enzyklika ausgesprochene Duldung zeigt aufs neue, wie dem katholischen Oberhirten die christlichen Gewerkschaften aus tiefstem Grunde lästig und zuwider sind. Und nach alledem, was wir von Pius X. über seine Ansichten in der Gewerkschaftsfrage wissen, steht fest, daß er ein Verbot der christlichen Gewerkschaften lieber als die Duldung ausgesprochen hätte. Was war aber zu machen? Eine Bewegung, die viele Jahre hindurch besteht und eine gewisse Zahl Anhänger mit sich führt; eine Bewegung, für die sich hunderttausende weltliche und geistliche Fürsprecher finden, kann nicht so ohne weiteres mit einem Federstrich aus der Welt dekretiert werden, ohne daß Komplikationen entstehen. Und wie die Dinge in Deutschland nun einmal liegen, wären bei einem Verbot der christlichen Gewerkschaften schwere Erschütterungen selbst der katholischen Kirche nicht eripart geblieben. Das alles wird den Papst veranlaßt haben, diese Gewerkschaften auf die Dauer, oder nur — bis auf weiteres — noch zu dulden.

Nur ist es nicht uninteressant, zu untersuchen, wie sich die christliche Gewerkschaftsbewegung nach Erscheinen der Enzyklika verhalten hat und welche Rückschlüsse aus diesem Verhalten heraus für Gegenwart und Zukunft gezogen werden können. Allerdings stößt eine solche Untersuchung auf allerhand Schwierigkeiten. Die christlichen Gewerkschaften sind keine Bewegung, die ihre gewerkschaftliche Tätigkeit, ihr Tun und Handeln der Öffentlichkeit so offenbaren, wie wir das bei andern Gewerkschaftsrichtungen gewohnt sind. Es liegt im Wesen der christlichen Gewerkschaften, daß sie einen großen Teil ihrer Tätigkeit hinter die Kulissen verlegen müssen und daß innerhalb der christlichen Gewerkschaften Geschichten vor sich gehen, von denen selbst der Anhang keine Ahnung hat. Dennoch scheidet manches in die Öffentlichkeit durch, was für diese nicht bestimmt ist, und vieles läßt sich trotz aller Heimlichkeitsregeln nicht unterdrücken, weil die Kulissenarbeit selbst eines eng begrenzten Personenkreises schließlich sich nach außen hin so oder so doch bemerkbar machen muß.

Doch sehen wir zu, wie sich die Dinge nach dem 24. September 1912 gestaltet haben:

Als die Enzyklika erschien, erhob sich im christlichen Gewerkschaftslager viel Spektakel, aber das war mehr hohler, leerer Spektakel, der in einigen Tagen, auf ein Kirchenkommando hin, auch plötzlich verstummte. Schon ehe die lange vorher angekündigte Enzyklika veröffentlicht wurde, war deren Inhalt den christlichen Gewerkschaften nicht fremd. Man wußte ja längst, was Rom wollte, und schon vor dem 24. September 1912 fing man an, sich auf die Enzyklika einzurichten. Wir gehen nicht fehl, wenn wir sagen, daß beim Verrat der christlichen Gewerkschaft anlässlich des großen Bergarbeiterstreiks nicht nur politische Motive mitgesprochen haben, sondern daß auch hier schon Rücksicht auf päpstliche Anschauungen in Streikfragen genommen wurde. Wie bei christlichen Streikbrechereien schon vorher und erst recht nachher.

Auch der nach Eilen (Ruhr) einberufene Kongress der christlichen Gewerkschaften, der sich mit der Enzyklika beschäftigen sollte, war nichts weniger als eine nicht ernst zu nehmende Demonstration. Sollte es anders sein, dann hätte man so deutlich wie jeherzeit in Zürich den Bischöfen, so auch in Wien den Bischöfen und dem Papst zurufen müssen: Bis hierher und nicht weiter! Aber daran dachte man nicht. Man nahm die Enzyklika als etwas Vorausgesehenes und Unabwendbares an und war froh, daß man die Duldung der christlichen Gewerkschaften aus ihr noch herausinterpretieren konnte. Wer mehr zugunsten der christlichen Gewerkschaften herauslas, betrog sich und andre. Die Sachenden waren die sogenannten „Berliner“, denen die Enzyklika auf den Leib zugeschnitten war. Lagen die Verhältnisse in Deutschland nicht so eigenartig, fürwahr, diese hätten aus der Enzyklika den größten Nutzen für sich ziehen können. So aber sprach mit Rücksicht eben auf die Verhältnisse in Deutschland der Papst die Duldung der christlichen Gewerkschaften aus und legte diesen selbst die Pflicht auf, sich den päpstlichen Wünschen, so weit wie es die Umstände zulassen, in Gewerkschaftsfragen zu fügen. Der Papst beauftragte den hohen klugen Klerus in Deutschland, die Sache mit den christlichen Gewerkschaften ins reine zu bringen, deren zukünftige Haltung zu überwachen und wo nötig, auch einzupringen, und die kirchlichen Gewalten zur Anwendung zu bringen. Bischöfe und christliche Gewerkschaften sollten sich zu „verständigen“ suchen. Das letztere ist geschehen und hier und da ist es dabei zu eigenartigen aber verständlichen Resultaten gekommen. Wir erinnern an die Vorkommnisse im Saarrevier, in dem Hexentel, wo der Streit um das Gewerkschaftsprinzip zwischen christlichen Gewerkschaften und der „Berliner Rich-

tung“ am heftigsten tobte, und wo die ersteren selbst vor dem Aufruhr gegen den zuständigen Bischof und die ihm ergebenen Priester nicht zurückschreckten.

Im Saarrevier war es so weit gekommen, daß die christlichen Gewerkschaften, entgegen dem Willen des Bischofs, einen Sonderverband der katholischen Arbeitervereine für die Diözese Trier gründen wollten. Alle Vorarbeiten waren getan, Konferenzen hatten stattgefunden und in den Zeitungen ließ man durchblicken, daß man sich unter Umständen als Leiter und Präses der einzelnen den christlichen Gewerkschaften zugehörigen Vereine gar bald selbst geistliche suchen werde. Um diese Neugründung zu verhindern und die christlichen Empörer zur Ruhe zu bringen, eilte der Bischof von Trier selbst nach Saarbrücken, und es ist ihm gelungen, die christlichen Gewerkschaften von ihrem unkirchlichen Verhalten nicht nur abzuhalten, sondern auch die diesen nahestehenden Vereine wieder zum Gehorsam gegen die bischöfliche Behörde zu zwingen. Der Bischof befahl das Zusammenarbeiten der feindlichen Vereine wie überhaupt die Einstellung des Kampfes der christlichen Gewerkschaften gegen die Arbeitervereine Berliner Richtung. Es ist hart bei den Ansprüchen in Saarrevier zugegangen, aber was dem Bischof seit Jahren nicht gelungen war, brachte er doch in wenigen Tagen fertig: Er erzwang die Einhaltung der Richtlinien der Enzyklika. Die radikalste Organisation unter den christlichen Gewerkschaften, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, zog sich vom Kampfplatz zurück; die Zentrums- und Arbeitervereine und zahlreiche Notizen der christlichen Gewerkschaften in ihrem Feldzug gegen den Bischof und die „Berliner“ kräftig beigeprungen war, hat bis heute keine Zeile mehr in der Streitfrage gebracht. Kein Wort haben wir in der katholischen Saarpresse beider Richtungen auch über die vom Bischof gepflogenen Verhandlungen gefunden. Aber ihre Haltung früher und heute zeigt uns das Ergebnis des bischöflichen Eingreifens so klar wie nur möglich. Wie gesagt, die Verhandlungen haben damit geendet, daß die Arbeitervereine beider Richtungen sich verpflichten mußten, in der Arbeitervereinsbewegung zusammenzuarbeiten. Welche Wendung durch des Papstes Fügung!

Wie im Saarrevier, so haben die christlichen Gewerkschaften und die ihr ergebenen Zentrumsvereine auch in andern Bezirken den Kampf gegen die Arbeitervereine Berliner Richtung so gut wie eingestellt. Etwas Nachgrollen, weiter ist nichts zu beobachten. Man sucht sich anzupassen, mindestens gegenseitigen Fäulereien aus dem Wege zu gehen. Sogar in den Hochburgen der christlichen Gewerkschaften ist die Kampfstimmung gegen die gewerkschaftlichen Widersacher gebrochen.

Die Beendigung der Tarifbewegung im Basaltlavagebiet zu Mayen.

Recht langwieriger Unterhandlungen hat es bedurft, um den neuen Arbeitsvertrag zu tätigen. Der Anfang April abgelaufene Tarif war im vorigen Jahre durch den christlichen Keram- und Steinarbeiterverband und die katholische Fachabteilung mit der Organisation der Unternehmer dem Verein der Basaltlavawerke abgeschlossen worden. Im vorigen Jahre war der freie Verband infolge der Maßnahmen der christlichen Organisationsleitung von der Teilnahme am Tarif ausgeschlossen worden. Während die Unternehmer beim Ablauf des Tarifes sehr gut organisiert waren die Arbeiter des Mayener Steingebietes in drei Organisationsrichtungen gespalten. In Betracht kamen unser Verband, die christliche Organisation und die katholische Fachabteilung, Sitz Berlin.

Beim Tarifablauf in diesem Jahre war aber die Mitgliederzahl des freien Verbandes eine derartige, daß eine Ausschaltung von den Verhandlungen über die Neugestaltung des Tarifes nicht mehr möglich war. Andererseits war aber auch nur bei geschlossenem Vorgehen der drei Arbeiterorganisationen eine Aussicht vorhanden, daß bei dem Neuaufschluß des Vertrages eine Aufbesserung der Akkordpreise und so weiter erfolgen konnte.

Diese Aufbesserung bzw. Erhöhung einer Anzahl Positionen des abgelaufenen Tarifes war auch um deswegen eine dringende Notwendigkeit geworden, weil die Teuerung in der Lebenshaltung noch fortgesetzt anhält. Von den Arbeiterorganisationen war ein neuer Vertragsentwurf zusammengestellt und an die Unternehmer eingereicht worden.

Recht langwierige Verhandlungen fanden nun wegen einer Einigung zwischen der Lohnkommission der Arbeiter und der Kommission des Vereins der Basaltlavawerke statt. Von den Arbeitern war die Regelung von fünf Hauptpunkten der eingereichten Tarifvorlage zunächst gewünscht worden. Bei vier Punkten gelang es nach längeren Verhandlungen zu einer provisorischen Einigung zu kommen, aber an der Bezahlung des sogenannten „Wachhauens“ scheiterten die Verhandlungen. Das Wachhauen ist eine Arbeit ähnlich der des Schrotens beim Sandstein. Die Vorlage der Arbeiter wollte für diese Arbeit, die bisher nach Ansicht der Unternehmer im Akkordpreis mitenthalten war, pro Meter 20 Pfg. Vergütung haben. Der Preis muß ein beiderseitiger genannt werden, weil der Arbeiter fast eine Stunde benötigt, um einen Meter herzustellen.

Hier wollten die Arbeitgeber unter keinen Umständen etwas beschließen, sie erklärten, ihre Generalversammlung würde nie die Zustimmung dazu erteilen. Gleichzeitig unterbreiteten sie der Kommission einen neu ausgearbeiteten Gegenentwurf zu der Tarifvorlage der Arbeiter. Nach genauer Einsichtnahme stellte sich heraus, daß wohl eine Anzahl Verbesserungen gegenüber dem alten Tarif enthalten seien, aber auch gegen früher namhafte Verschlechterungen.

Damit nun die Arbeiter des Magener Grubenfeldes Gelegenheit hatten, sich über die bisher gepflogenen Verhandlungen und die weitere Stellungnahme auszusprechen, fand am 1. April eine von über 1000 Personen besuchte Versammlung statt. Kollege Herrmann legte eine Resolution vor, worin ausgeprochen wurde, daß wenn die nächsten Tage keine Einigkeit brächten, dann das Gewerbegericht als Einigungsinstanz angerufen werden sollte. Da ein weiterer Versuch bei den Arbeitgebern keine Einigung brachte, so wurde im Sinne der Resolution gehandelt.

Die Anrufung des Gewerbegerichts als Einigungsinstanz blieb am deswegen resultatlos, weil es aus lauter Kompetenzfragen zu einer praktischen Tätigkeit nicht kam. Am 1. April wurde ein letzter Versuch zu einer Einigung gemacht, wurde der Landrat, Herr Dr. Peters zu Mayen, als Vermittler angerufen. Dieser erklärte seine Bereitwilligkeit dazu. Nach verschiedenen Vorbesprechungen fand am 6. Mai von abends 6 bis nach 9 Uhr die Schlußverhandlung statt. Den großen Bemühungen des Herrn Landrates gelang es noch in letzter Stunde eine Einigung zu erzielen, freilich mußte auch auf Arbeiterseite noch manches Zugeständnis gemacht werden. Bezüglich der Bezahlung des sogenannten Weckhauens erklärten sich die Unternehmer bereit, mit Abschluß des Tarifes bis zum 1. April 1914 den Meter mit 10 Pfg. und ab 1914 bis zum Tarifabschluß am 1. April 1916 mit 20 Pfg. pro laufenden Meter zu bezahlen. Da bei der Wichtigkeit der Neugestaltung des Tarifvertrages die Kommissionsmitglieder die Verantwortung nicht allein tragen konnten und wollten, so wurde der Vorschlag des Herrn Landrates angenommen, daß am 18. Mai sowohl die drei Arbeiterorganisationen als auch der Verein der Bajalantawerke geschlossene Mitgliederversammlungen abhalten sollten, in denen über Annahme oder Ablehnung des durchberatenen Tarifes, sowie den noch gebliebenen Wünschen der Kommissionsmitglieder Beschluß gefaßt werden sollte.

Besonders dringend wurde von den Arbeitervertretern der drei Organisationen eine prozentuale Erhöhung aller Akkordpositionen im dritten Tarifjahr gewünscht. Die Kommission der Arbeitgeber erklärte, nur eine kleine Erhöhung bei den Tarifjahren könne eintreten, es sei fraglich, ob ihre Generalversammlung schon den gemachten Zugeständnissen die Genehmigung erteile. Am Abend des 18. Mai fand eine Sitzung der Lohnkommission von den drei Arbeiterorganisationen statt. Gewerkschaftssekretär Kail vom christlichen Keramik- und Steinarbeiterverband erklärte, daß die Delegiertenversammlung wie auch die Mitgliederversammlung seiner Organisation nur dann die Zustimmung zu der dreijährigen Vertragsdauer geben könne, wenn im dritten Tarifjahr eine prozentuale Erhöhung der Akkordpreise eintritt. In ähnlichem Sinne sprach sich Gauleiter Herrmann von unserem Verbands aus. Für allgemeinen Ueberzeugung erklärte der Sekretär Altmeier von der katholischen Fachabteilung, ihre Versammlung habe beschlossen, den Vertrag auf drei Jahre abzuschließen und sich auf weitere Verhandlungen nicht mehr einzulassen. Wenn es den Bemühungen der beiden andern Organisationen gelingen sollte, für das dritte Tarifjahr noch etwas herauszuholen — so würden sie das selbstredend auch annehmen. Da die weiteren Verhandlungen dem Herrn Altmeier und Herrn Sekretär Götz von dem Zentralvorstand der katholischen Fachabteilungen zu Berlin anscheinend unbedeuten waren, so verließen sie das Sitzungszimmer. Nachdem man das Für und Wider der nun neu geschaffenen Situation reiflich erwogen hatte, kam man zu dem Entschluß, daß nach dem Abfall der katholischen Fachabteilung es weiter keine Möglichkeit gebe, als wie den Vertrag anzunehmen.

Die Unterzeichnung des Protokolls über die Einigung bezüglich des neuen Tarifvertrages fand am 19. Mai unter dem Vorsitz des Herrn Landrates statt.

Das Gesamtresultat der nun beendeten Lohn- und Tarifbewegung des Magener Steingebietes wird die Arbeiter nicht roll befriedigen. Besonders um deswegen nicht, weil die Vertragsdauer jetzt drei Jahre beträgt, ohne daß im dritten Jahre ein Zuschlag auf die gesamten Positionen erfolgt. Andererseits soll aber auch nicht berichtigt werden, daß auch die Kommission der Grubenbesitzer in ihrer Generalversammlung einen schweren Stand hatte, um nur die Zugeständnisse zur Annahme zu bringen. Bei dieser Lohnbewegung hat es sich gezeigt, welche selbstgeschaffene Macht der Verein der Bajalantawerke für die Arbeitgeber darstellt, diese Zentralorganisation in gleichzeitig korporatives Mitglied des Arbeiterverbandes in der Steinindustrie des Bundes Deutscher Steinmetzgewerkschaften und Steinbrucharbeiter.

Wegen die Arbeiter des Magener Grubenfeldes daraus lernen, daß in den heutigen wirtschaftlichen Kämpfen nur dann die Wünsche der Arbeiter respektiert werden, wenn sie einer starken kapitalistischen Organisation angehören. Der abgeschlossene Vertrag hat für etwa 1900 Steinmetz-Gewerkschaften, er gilt nur für die Mitglieder der am Vertrag beteiligten Organisationen. Den Kollegen, die heute noch gleichgültig der Organisationsbewegung gegenüberstehen, rufen wir zu: Trete ein in eure Berufsorganisation, den Zentralverband der Steinmetz-Deutschen!

Die Lohnbewegung der Pflastersteinmacher in Kirchberg u. Umg. beendet.

Die Bewegung im hiesigen Pflastersteingebiet ist mit Beschlüssen der Pflasterhändler u. Strauß und Ingramm ohne Erfolg zu Ende geführt worden. Erreicht wurde eine Erhöhung der Löhne von 5 bis 10 Prozent für Akkordarbeiter, bei den Stundenlöhnen beträgt der Zuschlag dieses Jahr 25 Pfg. am 1. April 1914 und ab 1. Mai je 1 Pfg., die Gehaltssteigerung der Arbeitszeit beträgt eine Stunde pro Woche. Die Pflasterhändler u. Strauß bewilligte oben angeführte Erhöhung der Löhne auch für Akkordarbeit, nur bei den Stundenlöhnen sollte die den 25-Pfg.-Zuschlag nicht eintreten lassen. Jedoch wurde nur 1 Pfg. geben. Die Kommission konnte auf dieses Angehörige nicht eingehen, worauf sie dort beharrlichen Kollegen in den Streik traten. Die Arbeiter der Firma Strauß mußten deshalb in den Ausstand treten, weil sonst das ganze Kirchberg u. Strauß verlor.

hatte und die Kollegen gezwungen gewesen wären, Streikarbeit zu machen. Nach 12tägiger Dauer wurden bei beiden Firmen die Differenzen zu unsern Gunsten beigelegt. Wie es scheint, haben die hiesigen Unternehmer es doch einsehen gelernt, die Lohnfragen mit der Arbeiterkraft in Güte zu regeln. Der abgeschlossene Tarif gilt vom 1. Mai 1913 bis 30. April 1916 mit fünfmonatiger Kündigung. Es liegt nun an den Kollegen, darauf zu achten, daß die verschiedenen Positionen eingehalten werden und jede Uebertretung der Ortsverwaltung zu melden ist. Der Verband hat nun hier einen mächtigen Stützpunkt. Die Erfolge der Zahlstelle sind auch so, daß sie die Kollegen befriedigen. Wir bieten jetzt alles auf, um auch die Kollegen theoretisch mehr zu schulen.

Zum Kampf der Pflastersteinarbeiter in Böhlingshofen-Geberschweier.

Drei Wochen währte der Kampf der Pflastersteinhauer im Böhlingshofener Pflastersteingebiet bei den Unternehmern Hartmeier und Kummern. Dieser Kampf ist ein klassisches Beispiel der prinzipiellen Tarifgegnerschaft der Hartsteinindustriellen im allgemeinen und der Pflastersteinunternehmer im besonderen. Von vornherein wurde der Abschluß eines Tarifvertrages auf das bestimmteste abgelehnt. Dagegen eine tarifliche Regelung der Hilfsarbeiterlöhne. Eine teilweise Erhöhung der Pflastersteinakkordlöhne ohne tarifliche Garantie konnte den Arbeitern nicht genügen in einem Gebiet, in dem bisher die willkürliche Verringerung der bestehenden Preise an der Tagesordnung war. Allen vorgebrachten Vernunftgründen setzten die Unternehmer ein entschiedenes Nein entgegen. Als ein letzter Versuch zur gütlichen Regelung abgelehnt wurde, war der Kampf unvermeidlich geworden. Er wurde, für eine junge Organisation, mit seltener Einmütigkeit durchgeführt und hatte den materiellen Erfolg, daß bei einem Unternehmer die noch bestehenden Preisdifferenzen im Sinne unserer Vorschläge ausgeglichen wurden und bei dem andern Unternehmer für die Hauptpositionen der vorgeschlagene Preis anerkannt wurde. Zum Abschluß eines Tarifvertrages konnten die Unternehmer auch jetzt noch nicht bewegt werden. Da auch durch eine Weiterführung des Kampfes eine Verringerung der Aufzählung der Unternehmer nicht zu erwarten war, beschloßen die Kollegen, sich mit den materiellen Zugeständnissen vorläufig zu begnügen und die Bewegung zu beendigen. Es wird sich nun zeigen, ob die Erklärung des Herrn Hartmeier, daß sein Wort so viel gelte wie eine Unterschrift, durch die Tat bestätigt wird.

Bei der Arbeitsaufnahme sollten 40 Mann nicht mehr eingestellt werden. Der Kampf entbrannte im Augenblick der Arbeitsaufnahme deshalb aufs neue. Nach genaueren Feststellungen sind es 24 Mann, die im Augenblick infolge der eingetretenen Geschäftsklumpen ihre Plätze nicht einnehmen konnten. Da dies sich auch bei einer Verlängerung des Kampfes nicht vermeiden ließ, beschloßen die Eingestellten, weiterzuarbeiten, mit allem Nachdruck aber dafür zu sorgen, daß auch der letzte Mann wieder eingestellt wird. Solange dies nicht der Fall ist, soll es dem Herrn Hartmeier nicht gelingen, auch nur einen einzigen auswärtigen Arbeiter zu gewinnen.

Bei dieser Bewegung hatten wir auch das seltene Vergnügen, im südwestlichen Gau unseres Verbands zum erstenmal christlich organisierte Steinmetzwerker kennen zu lernen. Zwar gehörten sie nicht dem Keramikarbeiterverband an, sondern sie rechneten sich stolz zu den Bergarbeitern, da der Keramikarbeiterverband in 9. Gau nicht vertreten ist. Wir hatten nun in unserer ersten Notiz über den Kampf festgestellt, daß 5 bis 6 christliche Arbeiter weiterzuarbeiten. Dies entsprach den Tatsachen, mehr waren es nicht, dieweil die Christlichen hier, wie in den meisten Gegenden, nur sporadisch auftreten und zu sehr seltenen Erscheinungen gehören. Nun haben sich die Herren über die einfache Feststellung der Tatsache, daß 5 bis 6 christliche Arbeiter im Betrieb verblieben, aufgeregt und erklärten darin einen Vorwurf. Es ist uns gar nicht in den Sinn gekommen, damit einen Vorwurf zu erheben, sondern wir haben lediglich eine Tatsache konstatiert, die nach Zweck, Charakter und dem bisherigen Verhalten der christlichen Organisationen selbstverständlich ist. Das Resultat dieser Bewegung mag auch, wie in den meisten andern Fällen, den gehegten Erwartungen nicht in vollem Maße genügen. Aber unentzerrbar ist der Fortschritt gegenüber den bisherigen Verhältnissen. Dies gilt sowohl in bezug auf die Erhöhung der Akkordlöhne, sowie auf die Verbesserung der Stundenlöhne für Schnittschläger und Tagelöhner. Wenn es nun nicht gelungen ist, diese Zugeständnisse tariflich zu sichern, so ist es um so wichtiger, daß eine starke und jederzeit schlagfähige Organisation hinter den Zugeständnissen steht, um das Ertrungene zu verteidigen. Erstens ist die hohe Einsicht der noch nicht allzulange der Organisation angehörenden Kollegen, die sie bei allen tatsächlichen Maßnahmen während der Bewegung bewiesen haben. Diese Tatsache gewährt aber gleichzeitig die Garantie, daß der Geist der Solidarität, der sich bei dieser Bewegung in so hohem Maße gezeigt und entwickelt hat, auch durch die äußerlichen Rückschläge eines Unternehmers nicht mehr unterdrückt werden kann. Höchste Anerkennung gebührt aber dem Verband, der uns erst so kurze Zeit organisierten mit großen Geldspenden die Durchführung des unvermeidlichen Kampfes ermöglichte. Es wird nicht umsonst gewesen sein.

Zur Situation im Pirnaer Sandsteingebiet.

Zur Pirna schreibt man uns: Am 24. Mai fand im Gasthaus zum grauen Storch eine Versammlung der Pirnaer Sandsteingewerkschaft statt. Sie hatten sich die Steinmetzwerke des Pirnaer Gebietes zu dem Anfinnen des am 19. Mai in Dresden stattfindenden Schiedsgerichtes? (Für die Brüder an der Spitze einen niedrigeren Tarif einzuführen.) Kollege Seidel teilte mit, daß der Verband deutscher Steinmetzgewerkschaften und Steinmetzgewerkschaften sich schriftlich an unseren Zentralverband gewandt und den Wunsch geäußert habe, den Streik an der Elbe durch ein staatliches Schiedsgericht aus der Welt zu schaffen. Für den Fall, daß unter Vorstand einverstanden sei, erwies man sich Genehmigung der Schiedsrichter. Unser Verbandsvorstand war einverstanden und von unserer Seite die Kollegen Lehner, Pöhl, Kerschuh, Kerschuh, und Seidel, Dresden als Schiedsrichter ernannt worden. Als Schiedsrichter der Unternehmer kommen die Herren Kied-Donnerberg, Müller, Dresden und Pöhl, Dresden in Betracht. Zur festgesetzten Stunde fanden sich unsere Schiedsrichter im Verein unseres Verbandsvorstandes, Kollegen Strauß, Leipzig, in dem bezeichneten Lokale ein, aber von den Schiedsrichtern der Unternehmer war nur Herr Kied erschienen, außerdem noch der Vorsitzende des hiesigen Stein-

metz- und Steinmetzgewerkschaftenverbandes, Herr Dittmar, Berlin, der Vorsitzende des Bezirksverbandes V für Sachsen, Herr Würdiger, Pirna, und der Vorsitzende des Elb- und Sandsteingewerkschaftenverbandes, Herr Karzsch, Röhmen; ferner waren anwesend ein Vertreter des Industrie-Schiedsgerichtes Dresden, Herr Steinmetzmeister Ellert, Dresden, Herr Bruchbesitzer Gräfe, Posta und Herr Wenzel als Vertreter der Firma Förster, Serrentleite, sowie die Inhaber der betreffenden Firmen, die Herren Heer für Aktiengesellschaft Schredendach und Herr Sagen für die Firma Israel.

Der Streik verjagte die Herren, unsere Schiedsrichter als nicht vollstän dig einverstanden hinzustellen. Dem Kollegen Lehner sollten, weil er seiner längeren Zeit nicht mehr in den Elb- und Sandsteingewerkschaften habe, die nötigen Kenntnisse abgehen, die Angelegenheit richtig zu beurteilen. Dem Kollegen Seidel unterstellte man als Vertrauensmann Parteipolitik und lehnte diesen ab. Den Kollegen Lehner ließ man dann später aber doch als Schiedsrichter gelten. Für sich nahmen die Herren selbstverständlich in Anspruch, von uns als völlig einwandfrei angesehen zu werden. Auch machten sich diese an, in allen praktischen Fragen ein Urteil abzugeben zu können, obwohl vielleicht keiner von ihnen jemals Steinbrucharbeiten verrichtet hat. Die Herren scheinen die praktischen Kenntnisse für Steingewinnung und -bearbeitung mit dem Augenblicke in sich aufzunehmen, wo sie zufällig Bruchbesitzer oder Steinmetzmeister werden. Ein Arbeiter erreicht ihrer Ansicht nach die Kenntnisse, die den Herren sozusagen im Schlafe in Fleisch und Blut übergehen, trotz fünfundsingzigjähriger Arbeit im Verufe überhaupt nicht. Herr Würdiger brachte es sogar fertig, uns des Tarifbruches zu bezichtigen. Unsere Kollegen hätten unter allen Umständen weiterarbeiten müssen. Kollege Seidel stellte das Gebahren der Unternehmer an der Elbe so dar, wie es nach der heutigen Rechtsanschauung liegt. Er führte an, daß jedes Gewerbegericht eine Lohnfrage, bei der der Unternehmer vor Beginn der Arbeit erklärt, nur diesen oder jenen Preis zahlen zu wollen, den Arbeiter abweisen würde, wenn dieser die Arbeit ausgeführt habe und dann mehr als den im voraus bestimmten Lohn verlange. In solchen Fällen wird stets ein stillschweigendes Einverständnis angenommen. Die Arbeiter können sich daher nur durch Arbeitsverweigerung gegen eine niedrigere Bezahlung schützen. Daß Herr Würdiger wirklich so rechtsunkundig sein sollte, ist wohl kaum anzunehmen, somit bleibt nur die Schlussfolgerung übrig, daß er unsere Schiedsrichter höhnen wollte. Ein eigentlicher Schiedsrichter kam und konnte nicht zustande kommen, weil die Herren Unternehmer anscheinend nicht den Mut hatten, ihren meutern den Kollegen zu sagen, was in solchen Fällen gesagt werden muß: daß es Pflicht eines jeden rechtlich denkenden Menschen ist, einen abgeschlossenen Vertrag (der noch dazu in friedlicher Weise durch gegenseitiges Uebereinkommen zum Abschluß gebracht wurde) zu halten. Man stelle vielmehr das Anfinnen an uns, für die Elbe-Posta einen niedrigeren Tarif mit ausarbeiten zu helfen.

In der Debatte sprachen sich alle Meiner recht eingehend und abfällig über das Anfinnen der gesamten höheren Instanzen der Unternehmerorganisation aus. Allgemein kam zum Ausdruck, daß man wenigstens erwartet hätte, die Leitungen der Unternehmerverbände würden das Gebahren der Unternehmer an der Elbe scharf verurteilen, aber da dies, wie aus den Verhandlungen hervorging, nicht geschah, ist, könne wohl mit Recht angenommen werden, wenn der Steinmetzverband nicht mit allem Nachdruck für die Erfüllung der Tarifverträge einträte, die Unternehmer jederzeit bereit sein würden, auf die Verträge zu pfeifen. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit zeteren das gesamte Unternehmertum über angebliche Kontraktbrüche der Arbeiter und stets würde behauptet, die Arbeiter seien nicht vertragstreue. Hier erweise die Vertragstreue der Unternehmer sich auf das deutlichste.

Folgender Antrag wurde einstimmig nach ausgedehnter Aussprache angenommen:

Unterzeichnete beantragen, den Unternehmern rund heraus zu erklären, daß die verammelten organisierten Steinmetz- und Hilfsarbeiter im Postkar Gebiet streng an dem am 1. April 1913 in Kraft getretenen Tarif festhalten, ein sogenanntes Entgegenkommen (soll heißen Willigerarbeiten) ist bei den jetzigen hohen Lebensmittelpreisen vollständig ausgeschlossen.

Es wurde noch bekanntgegeben, daß sich bei der Firma Schredendach u. Schulze sowie bei Gebroder Israel einige für die Unternehmer in solchen Fällen besonders nützliche Elemente eingefunden haben und dort ihre Dienste und dem Staat so nützliche Tätigkeit verrichten. Gleichzeitig wurde noch ein Zettel vorgelesen, in dem die beiden Spitzer Hemmerlein und Richter aus Stadt Wesseln der Organisationsleitung anzeigen, daß sie bereit sind, bei der Firma Schredendach u. Schulze zu arbeiten. Diesen beiden ist mehrere Male Arbeit nachgewiesen worden, sie weigern sich aber, in Arbeit zu treten. Es ist ihnen deshalb vom Freitag, den 18. Mai an, die Unterstützung verweigert worden.

Am 1., 2. und 3. Juni wird Kollege Staudinger in drei Versammlungen über das Thema: Die Entstehung der Gesteine referieren. Es wird erwartet, daß die Versammlungen recht stark besucht werden, denn das Thema ist sicherlich für unsere Kollegen sehr interessant.

Der Stein- und Tonarbeiterverband in der Schweiz.

In Biel, einem herrlich gelegenen Städtchen am Fuße des Juraergebirges, in der sogenannten französischen Schweiz, hielt unser Bruderverband seinen jährlichen Verbandstag ab. 27 Delegierte, der Verbandsvorsitzende Bierpel und die beiden Sekretäre Kolb und Müller waren anwesend. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hatte den Genossen Suggler, der Deutsche Steinmetzverband Kollegen Siebold delegiert. Den Delegierten lag der gut ausgestattete Geschäftsbericht von 1911 und 1912 im Druck vor. Der Bericht spiegelt das Verbandsleben außerordentlich wieder, denn in den verfloßenen Jahren hatte der Verband schwere Kämpfe mit dem schweizerischen Bauarbeiterverband zu bestehen. Es war auf die Sprengung der Organisation abgesehen, doch hat der Unternehmerverband hier auf Granit gebissen, wohl sind durch die schweren Kämpfe Mitglieder verloren worden und die Klassenverhältnisse böss mitgenommen, aber auch die andre Seite hat Schwächen davongetragen, die gerade nicht ermutigen um abermaligen Angriff. Die Mitgliederzahl ist von 2000 auf 1500 gesunken. Bei einer Einnahme im Jahre 1911 von 29 870 Frank, wurden für die statistischen Unterhaltungen 15 948 Frank, im Jahre 1912 sogar für diese Zwecke 23 982 Frank ausgezahlt; dazu kommen noch die übrigen notwendigen Ausgaben. Die Mitglieder des Verbandes hatten 1912 je 5 Frank Extrasteuer aufgebracht, um den Angriffen des Unternehmerverbandes gegenüber gewappnet zu sein. In welcher frivolen Weise dieser Unternehmerverband provoziert, zeigt eine Stelle aus einem Brief, den der betreffende Verband an seine Mitglieder versandte. Es lautet da:

Der Verband der Steinmetz- und Tonarbeiter zieht seine Forderungen zurück...

Dagegen wird die Sachlage für uns insofern ungünstig, als wir nun keinen stichhaltigen Grund mehr haben, gegen die Arbeiter vorzugehen, nachdem sich diese bereit erklärt, zu den bestehenden Arbeitsbedingungen weiter zu schaffen.

Wir werden aber diese Angelegenheit in den nächsten Tagen nochmals mit der Sektion Zürich der Steinmetzmeister besprechen und sehen, in welcher Weise die günstige Gelegenheit dort ausgenutzt werden kann.

Das ist gewiß deutlich genug und kennzeichnet die Taktik und Absicht des betreffenden Unternehmerverbandes zur Genüge. Diese Vorgänge, verbunden mit den außerordentlichen Kämpfen und Ausgaben und andre interne Vorkommnisse im Verband, lösen zu Beginn des Verbandstages eine gewisse Mißstimmung gegen den Verband aus. Der Kollege Bierpel nahm schließlich die Wahl als Verhandlungsleiter an. Kolb und Müller ergänzen den gedruckten Bericht. Der letztere bedauerte das Mißtrauen gegen die Massenführung, welches ihn veranlaßt habe, die Bücher einem besichtigten Buchrevisor zu unterbreiten. Der Bericht dieses Revisors

Die verdammte Bedürfnislosigkeit.

Die Bedürfnislosigkeit ist der größte Feind des Fortschritts. Wer ihr verfallen ist, hegt keine besonderen Wünsche, in allen seinen Handlungen verrät sich kein Streben nach höherer Kultur, nach einer Besserstellung seines Daseins. Deshalb ist auch der bedürfnislose Arbeiter ein ganz natürlicher Gegner der fortschrittlichen Bestrebungen seiner Klasse, er ist dem herabwürdigen Indifferentismus verfallen.

Die Bedürfnislosigkeit als eines der bösesten Vasterressen wir nun aber nicht etwa bei den besser situierten Arbeitern an. Hier kommt sie selten vor und ist dann ein Ausfluß von geizigem Egoismus. Vornehmlich finden wir das Vasterressen in jenen Arbeiterschichten, die wirtschaftlich am schlechtesten gestellt sind. Gerade die materielle Not ist es, die nach und nach beim Arbeiter jedes Streben nach wirtschaftlicher Besserstellung ertötet und ihn zum widerstandslosen Heloten der Ausbeutung degradiert. Ein Arbeiter, der sich auf dieser niederen Stufe der Entwicklung befindet, unterwirft sich willenlos den miserabelsten Arbeitsbedingungen und läßt sich vom Unternehmer die rohste und inhumanste Behandlung gefallen. Stumpf sinnig und widerstandslos steht er seinem Elend gegenüber und er fügt sich resigniert in sein trauriges Schicksal.

Die schlechte Lebenshaltung ertötet eben im Arbeiter auch jedes geistige Streben. Er hat weder Vertrauen zu sich noch zu seinen Arbeitsgenossen, er kennt kein Solidaritätsgefühl und läßt sich beherrschen vom Sklavensohn und der Gewohnheit des unbedingten Gehorsams seinem „Brotherrn“ gegenüber.

Ein solcher Arbeiter ist selbstverständlich der Sehnsuchtsraum und das Ideal aller profitgierigen Unternehmer. Sie preisen die Zufriedenheit des Arbeiters als dessen höchste Tugend. Und in der Regel findet sich dann auch der behäbige Pastor, der mit vollen Baden in das Hohelied der Zufriedenheit und Bedürfnislosigkeit einstimmt und mit ganz gewichtigen Beweisgründen dem Arbeiter plausibel zu machen sucht, daß von seiner irdischen Zufriedenheit auch seine spätere himmlische Glückseligkeit abhängt.

Der Unternehmer, der seinen „Patriotismus“ bei jeder Gelegenheit betont und verächtlich und naserümpfend das Klassenbewußte Proletariat der „Vaterlandslosigkeit“ bezichtigt, kann trotz aller patriotischer Tiraden selbst recht vaterlandslos sein. Unpatriotisch ist eben dem Unternehmer das, was die Kreise seines Profits zu fördern geeignet ist, alles aber, was zur Steigerung seines Profits geeignet ist, ist ihm patriotisch. Darum ist in seinen Augen ein Arbeiter, der mehr Lohn verlangt, ein internationaler Umstürzler, und wer für einen Hungerlohn frondet, der ist ein guter Patriot, auch wenn seine Wiege jenseits der Landesgrenze gestanden hat.

Schon in diesem Punkte betundet der Unternehmer seinen praktischen Internationalismus. Da ihm der bedürfnislose Arbeiter der Liebste ist, fragt er nach den vaterländischen Grenzpfählen absolut nichts und er holt sich sein gefügiges Arbeitermaterial dorthin, wo er es gerade aufreiben kann. Provisionslüsterne Agenten verschaffen ihm das Verlangte gern für klingende Münze. Solche zur Ausbeutung gut geeigneten Arbeiter schauen dann zu ihrem „Brothgeber“ auf wie zu einem höheren Wesen, sie sehen in ihrem Ausbeuter nur eine große, beinahe unfaßbare Macht, und wenn sie von dem hohen Gebiete sprechen, dann geschieht dies im Flüßertone und in schauerlicher Ehrfurcht, und die letztere charakterisiert sich vor allem darin, daß sie nicht vom Fabrikanten Müller oder vom Gutsbesitzer Steffen, sondern schlechthin vom „Herrn“, „Der Herr“ — das ist ihnen das, was jedem Gläubigen sein religiöses Idol ist.

Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß solche geistig zurückgebliebenen und in ihren Lebensgewohnheiten bedürfnislosen Arbeiter das größte Hemmnis am Aufstieg des Proletariats zu materieller Besserstellung und zur Kultur sind. Darum gilt es, diesen armen Opfern einer verdammenswerten Volkserziehungsmethode zu sagen, in welcher Weise man es bisher verstanden hat, alle Aufklärung und Kultur von ihnen fernzuhalten und sie zu stummen, willigen und billigen Ausbeutungsobjekten zu erziehen. Es gilt, sie ihrer Selbstargie zu entreißen, bei ihnen die Unzufriedenheit zu sähen und ihnen nach und nach das Streben nach höheren Bedürfnissen einzupflanzen.

Das aber ist die Aufgabe der Arbeiterorganisationen und ihrer Presse. Und glaube keiner, daß es nicht möglich sei, diese künstlich in der Entwicklung zurückgebliebenen Arbeiterschichten für ein besseres und höheres Streben zu gewinnen. Die Nutznießer der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung mögen Meister in der Vermimpelung breiter Volksschichten sein. Sie nützen die willkürlichen Instrumente des Klassenstaats, Volksschule und Militarismus, zu ihren kapitalistischen Zwecken in raffinierter Weise aus, alle Staatseinrichtungen stehen zu ihren Diensten bereit, und die Arbeiterklasse zu willen- und rüdgatlosen Heringen ihrer Interessen zu erziehen — aber den Menschen und das Menschbewußtsein restlos im Menschen zu ertöten, das gelingt ihnen nicht! Und es bedarf oft nur eines Hinweises auf die jämmerlichen Verhältnisse und einiger treffender Vergleiche, um den bisher widerstands- und bedürfnislosen Arbeiter stuhig zu machen und ihm dann nach und nach den Schleier der Unwissenheit vom künstlich umnebelten Gehirn zu ziehen und die Geister der Unzufriedenheit und damit des Empörtrens zur höheren Kulturstufe zu wecken. Dann tritt der bisher bedürfnislose Arbeiter in die Reihen des um seine ökonomische Besserstellung kämpfenden organisierten Proletariats und er ist dann oftmals nicht der schlechteste Kämpfer für die allgemeinen Arbeiterinteressen.

Diese Arbeit nennt man Agitationsarbeit und ihr darf kein denkender und vorwärtsstrebender Arbeiter entziehen. Halten wir uns stets vor Augen, daß es die vornehmste Aufgabe des Proletariats ist, dahin zu trachten, alle Arbeiter über ihre Lage aufzuklären und sie zu Kämpfern für unsere große und gute Sache zu erziehen. Endgültig, unüberwindliche Schranken kann das Proletariat nur er-

ringen, wenn uns die eignen Klassengenossen bei unsern notwendigen Kämpfen nicht mehr in den Rücken fallen.

Der Kampf gegen die Bedürfnislosigkeit ist der Kampf für Aufklärung und Organisation. Bedürfnislosigkeit ist gleichbedeutend mit Zufriedenheit, die allen Arbeitern schon als Kindern in den Volksschulen als „höchste Tugend“ gepredigt wird. Warum dies geschieht, haben wir bereits beleuchtet. Bedürfnislosigkeit und Zufriedenheit aber ist ein wenn auch etwas abgemilderter Ausdruck geistiger Verkommenheit, ist moralischer Tod und bedeutet für die Arbeiterklasse geistige und körperliche Vernichtung. Deshalb müssen die Arbeiter gegen die verdammte Bedürfnislosigkeit und Zufriedenheit ganz energisch Front machen und diese „Tugenden“ als Laster bekämpfen!

Und laßt die fatten Pfahlbürger und honetten Spießer ruhig darüber schlumpfen, daß ihr dem bisher so zufriedenen und bedürfnislosen Volke seine „heiligsten Eigenschaften“ nehmt. Jedes Streben nach höheren Bedürfnissen bedeutet Fortschritt. Dieser Fortschritt hat die Menschheit vom Kienpan zur elektrischen Beleuchtung, vom Handarren zum Automobil, von der Postkutsche zum Expresszug und lenkbaren Luftschiff verholfen. Wo aber kein Fortschritt vorhanden, da tritt Stillstand ein. Stillstand aber bedeutet vor allem für die moderne Arbeiterbewegung Rückschritt, Fäulnis und Wobser. Wir aber wollen frisch und frei vorwärts und emporstürmen zur Sonnenhöhe der Kultur!

Deshalb fort mit der verdammten Bedürfnislosigkeit! Reißt sie jedem aus dem Leibe, macht ihn unzufrieden und damit zum vorwärtstrebenden Menschen! Um so eher wird Euer Sehnen und Streben seiner hohen Vollendung entgegenreisen!

Wirtschaftliche Rundschau.

Jahresbericht des Kohlenyndikats.

Der Jahresbericht des Kohlenyndikats für 1912 bietet erklärlicherweise nicht viel Neues; aber ein paar Grundzüge verdienen hervorgehoben zu werden. Ihre Befriedigung über die Periode flotten Beschäftigung verheißt die Erhebungswartung zunächst in keiner Weise. Namentlich die bedeutende Produktionszunahme der Hochofen, der Hauptabnehmer, deren Ausbeute um 37 Prozent das Hochkonjunkturjahr 1907 überstieg und dennoch glatt vom Verbrauch und Markt aufgenommen wurde, bewirkte für die Kohlenzeiger, daß der Geschäftsgang an Lebhaftigkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Bei dieser Gelegenheit wird, unter Umrechnung der Kohle- und Brikettmengen in entsprechende Kohlenquantitäten, folgende interessante Statistik über Deutschlands Erzeugung, Ein- wie Ausfuhr und Verbrauch an Steinkohlen aufgestellt:

Jahr	Kohlenproduktion	Deutschlands		Kohlenverbrauch Total	Kohlenverbrauch pro Kopf Kilogr.
		Einfuhr	Ausfuhr		
1912	177,1	11,2	40,6	147,7	2227
1911	180,7	11,8	35,1	137,5	2085
1910	162,8	12,1	30,9	134,1	2084
1909	148,8	13,2	28,8	133,1	2084
1908	147,7	12,5	26,8	133,4	2118
1907	148,2	14,6	25,7	132,0	2126

1912 geg. 1907 + 33,9 — 3,4 + 14,9 + 15,7 + 101

Die Stellung gegenüber dem ausländischen Wettbewerb hat sich also wesentlich gebessert: durch Verdrängung des Auslandes auf deutschen Boden, noch mehr jedoch durch die stärkeren Vorstöße nach außen. Trotzdem blüht das Syndikat nach stärkerem Staatsbezug aus. Der Schutz Zoll kann hierbei nicht in Frage kommen, da sich die deutschen industriellen Verbraucher gegen jede derartige Verneuerung ihres Brennstoffes energisch zur Wehr setzen würden. Das Syndikat verlangt deshalb allgem. billigere Eisenbahntransporttarife, da dem Ausland vorwiegend die billigen Anschlussfrachten an den Rücken und auf den Inlandswasserstraßen zumute kämen, vor allem jedoch eine Ermäßigung der Ausfuhrtarife, der der Landeseisenbahnrat und infolgedessen auch die Regierung bisher ablehnend gegenübersteht. Gerade in der letzten Forderung kommt die nicht unbedenkliche Entwicklung der letzten Jahre zum Ausdruck: die unumgängliche Notwendigkeit wachsender Ausfuhr, um nicht der dauernden Überproduktion zu verfallen.

Syndikat und Fiskus.

Über die Preispolitik und die dadurch berirkten Auseinandersetzungen mit der preussischen Regierung heißt es in dem Prekomunique: Die Festsetzung der Höchstpreise für das Abjahr 1912/13 erfolgte im Oktober. Die Grundlage für die Preisfestsetzung bildete die Erhöhung des Kohlepreises um 1 Mk. für die Tonne, aus der sich eine Steigerung der Kohlepreise in entsprechendem Verhältnis ergab. Sie betrug im Durchschnitt 65 Pfg. pro Tonne. Für Briketts bewegte sich die Preissteigerung zwischen 50 und 75 Pfg. für die Tonne. Der Ruhrbergwerksrat, der nach seinem Abkommen mit dem Syndikat zur Preisfestsetzung gehört werden mußte, erhob, wie bekannt, gegen die Preissteigerung, namentlich soweit sie Hausbrandkohlen betraf, Widerspruch. Seine Warnung gegen die Preissteigerung sei von den Beteiligten des Syndikats als die formelle Wahrung eines abweichenden Standpunktes, von als eine unabweisbare Bedingung für das Zusammengehen mit dem Syndikat aufgefakt worden. Eine Preissteigerung der Brennstoffe sei schon durch die Erhöhung der Selbstkosten, insbesondere der Arbeiterlöhne, geboten gewesen. Auch könne in einem Zeitraum, wo auf allen Rohstoffmärkten eine Steigerung des Preisstandes eingetreten sei, der Kohlenmarkt nicht einseitig diese Bewegung ausfallen. Es habe daher überraschen müssen, daß der preussische Handelsminister die Preissteigerung zum Anlaß nahm, von dem geschlossenen Abkommen zurückzutreten. Dem Vorgehen des Handelsministers hätten sich zwar die übrigen außenstehenden Zeugen, die ebenfalls Verkaufsabkommen mit dem Syndikat getroffen hatten, nicht angeschlossen, doch bestesse kein Zweifel darüber, daß durch den Rücktritt des westfälischen Bergwerksrats von dem Verkaufsabkommen neue Schwierigkeiten in die Verhandlungen über die Syndikatsverneuerung hineingetragen worden seien. Immerhin sei es zu begrüßen, daß auch nach Kündigung seines Verkaufsabkommens der Bergwerksrat weiter einen Vertreter zu den Verhandlungen über die Erneuerung des Syndikats entsendet. — Auch diese Darstellung bietet nichts Neues, höchstens könnte man aus ihrer freundlichen Wortfassung schließen, daß durchaus nicht alle Brücken zwischen Syndikat und Fiskus abgebrochen sind.

Fortgesetzte Verflauung auf dem internationalen Eisenmarkt.

Die Aussichten für das Geschäftsjahr 1913 bezeichnen der Bericht als „nach den bisherigen Erfahrungen und dem gegenwärtigen Stand der Marktlage durchaus günstig“. Speziell für die Kohlenproduktion mag das zutreffen, da diese bisher immer zuletzt und sehr abgeflacht den sonstigen Konjunkturrückgang verspürt hat. Weitemlich anders lauten jedoch fortgesetzt die Nachrichten vom Eisen-

markt. In ihrem ungünstigen Inhalt kann man nicht länger achselzuckend vorübergehen, denn auch aus England und Belgien, feiner aus Amerika kommen die gleichen Mitteilungen über notgedrungene Preisermäßigungen und abflauende Nachfrage. Vor allem scheint Oesterreich von dem Druck betroffen. Nach der „Wirtschaftlichen Zeitung“ blieb im April der Inlandsabsatz der österreichischen Eisenwerke in Stab- und Fassonreisen um 20 Prozent, in Trägern um 25 Prozent, in Grobblechen gar um 33 Prozent hinter dem gleichen Monat des Vorjahres zurück. Damit wäre der Absatz noch unter den des Jahres 1911 gesunken. In den Walzwerken der Alpinen Montangesellschaft wird wöchentlich an zwei Tagen gearbeitet; die Aktienbesitzer saßen an, mit einer Verabreichung der Dividende bei diesem hervorragenden Börsenpapier zu rechnen. Doch auch aus der Neuen Welt lauten die Botichaften nicht mehr so erfreulich wie bis vor kurzem. Die Aboisenpreise hatten hier ihren Höchststand Anfang Dezember erreicht; seitdem sind sie ganz wesentlich heruntergegangen (nördliches Gießereisorten Nr. 2 Anfang Dezember 18,25 bis 18,75 Dollar pro Tonne, am 15. Mai 18,75 bis 17,00 Dollar). Man sucht hier die Schuld auf die schwächeren Eisenbahnbestellungen zu schieben, die wiederum aus der Schwierigkeit neuer Anleiheausnahmen bei der allgemeinen Geldknappheit und dem hohen Zinsfuß, also, wie man meint, aus verhänglichen Hindernissen erklärt wird. Die deutschen Eiseninteressenten glauben jedoch so wenig an eine rasch vergänglichte Erscheinung, daß sie die Gefahren einer stärkeren amerikanischen Ausfuhrkonkurrenz zu erörtern beginnen.

Verflechtung des Arbeitsmarktes.

Auch die Verflechtung des Arbeitsmarktes scheint sich fortzusetzen. Im Monat April kamen bei den an den „Arbeitsmarkt“ berichtenden Nachweisen auf je 100 offenen Stellen durchschnittlich 123,5 Arbeitsuchende; das sind 4,8 mehr als im Vormonat und sogar 6,8 mehr als im April des Vorjahres. Im Vergleich zum Vorjahre hält diese Verflechtung nun schon seit dem Februar an. Dagegen lauten die englischen Arbeitslosenziffern für April noch immer günstig; von den an das Arbeitsamt berichtenden Trade Unions mit 912 048 Mitgliedern waren Ende April 1,7 Prozent arbeitslos, gegen 1,9 Prozent Ende März 1913 und 3,0 Prozent im (allerdings noch stark freibetroffenen) April 1912.

Berlin, 28. Mai 1913.

Max Schippel.

Zur Betriebseröffnung der „Volksfürsorge“.

Am 17. Mai ist die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-gesellschaft „Volksfürsorge“ in das Handelsregister zu Hamburg eingetragen worden, nachdem die schriftliche Bestätigung der aufsichtsbehördlichen Genehmigung eingegangen war. Der Geschäftsbetrieb soll mit dem 1. Juli d. J. beginnen; doch können schon jetzt Anträge auf Versicherungen entgegengenommen werden. Fast 2 1/2 Jahr hat es gedauert, bis das Werk, das damals von den beiden Zentralen der Gewerkschaften und Genossenschaftlichen Deutschlands in Angriff genommen wurde, nach vielen Schwierigkeiten unter Dach und Fach gebracht werden konnte. Diese aus der behördlichen Genehmigungsfrist sich ergebende, durch umständliche Vorarbeiten und Vorarbeiten ausgefüllte Frist ist von den geschäftlichen Gegnern des neuen Unternehmens und von den politischen Widerstrebenden der Arbeiterklasse einschließlich der Regierung weidlich ausgenutzt worden. Man hat der kaum gegründeten Volksfürsorge mehrere mächtige Konkurrenten entgegengestellt, die ihr das Arbeitsgebiet freitig zu machen suchten. Diese Gesellschaften, die teils mit öffentlichen Mitteln, teils mit denen älterer Versicherungsunternehmen ausgestattet sind und sich der Unterstützung und Förderung der Regierung und Behörden erfreuen, spekulieren alle auf die Beiträge der Arbeitermassen, überbieten sich in ihren Werbungen und verheißten den Versicherungsleistenden Vorteile, die ihnen die seitigerer Volksversicherung nicht gewährt. — Sicherlich auch ein Erfolg unserer „Volksfürsorge“. Wie wenig diese Unternehmen aber imstande sind, der „Volksfürsorge“ das Wasser abzugraben, beweist die Feststellung des Landrats Graf v. Westfalen vom Kreis Bidinghausen, der auf einer im April abgehaltenen vertraulichen Konferenz zur Schaffung einer „Anti-Volksfürsorge“ erklären mußte:

„Die Gewerkschaften hätten solche Tarife eingereicht, denen die Genehmigung nicht verweigert werden konnte. Es müßte in einigen Tagen die Erlaubnis zur Geschäftsführung der „Volksfürsorge“ erteilt werden. Möglicherweise, daß dies sich noch einige Zeit hinausschieben lasse, aber die Gefahr der Tätigkeitsaufnahme von den freien Gewerkschaften bleibe bestehen und wäre doppelt so groß, weil die nationalen Gewerkschaften nicht in der Lage seien, dieser „Volksfürsorge“ etwas Ernüchterndes zur Seite zu stellen. Aber das sei auch nicht so leicht, denn die „sozialdemokratische Volksfürsorge“ sei so gestaltet, daß sie auch wirklich den Arbeitern große Vorteile biete. Die jetzt bestehenden Versicherungen könnten lange nicht an die geplante „sozialdemokratische Volksfürsorge“ herantreiben. Durch den Zusammenfluß der 26 Gesellschaften, der bereits erfolgt sei, könne keine gleichwertige Volksfürsorge geschaffen werden.“

Ja, die Aufsichtsbehörde mußte die „Volksfürsorge“ und die von ihr eingereichten Tarife genehmigen, und diese Tarife sind für die Massen der Arbeiterklasse so eminent vorteilhaft, daß die Reaktionsäre aller Schattierungen ihre Wut kaum mehr verhalten können, sondern sich in ohnmächtigem Gebrüll Luft zu machen suchen.

Trotz der uns widerwillig gezollten Anerkennung und trotz der Ohnmacht der Gegner nur allzu deutlich offenbaren Wutausfälle dürfen wir keinen Augenblick daran zweifeln, daß für uns der Kampf noch keineswegs abgeschlossen ist, sondern erst beginnt. Die „Volksfürsorge“ und ihre Versicherungsstarke sind zwar genehmigt, der Geschäftsbetrieb freigegeben — beides konnte nicht gehindert werden. Aber jetzt beginnt der Kampf auf dem Felde der Verarbeit. Man wird es an Verleumdungen der „Volksfürsorge“, ihrer Begründer und Mitarbeiter, an Verdrehungen und Fälschungen ihrer Versicherungsbedingungen, an bewußten oder leichtfertigen Schädigungen ihres Rufes in Wort und Schrift, an Maßregelungen derjenigen, die sie fördern, nicht fehlen lassen. Eine Schutzmaßnahme wird sich gegen alle diejenigen herauswälzen, die den Kampf haben, die Volksversicherung der spekulativen Ausbeutung zu entziehen. Das alles darf die organisierte Arbeiterklasse nicht davon abhalten, sich mit Eifer und Zähigkeit der neuen Aufgabe der Arbeiterbewegung zu widmen. Zunächst gilt es, die Verarbeit energisch aufzunehmen und möglichst weite Volkskreise, vor allem die gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiter und ihre Angehörigen über die Notwendigkeit und die Vorteile der Volksversicherung in eigener Regie aufzuklären. Sodann müssen die Organisationsallervortz sich in den Dienst der „Volksfürsorge“ stellen, um den Betrieb derselben nach den Grundzügen möglicher Sparsamkeit und sozialer Wohlfahrt zu organisieren. Es muß eine Ehrenfrage für die Arbeiterklasse sein, das aus eigener Kraft geschaffene Unternehmen lebensfähig und zu einem Segensquell für Millionen zu machen. Keiner, der instande ist, der „Volksfürsorge“ seine Kräfte zu widmen, entziehe sich dieser Pflicht. Niemand versage ihr die Mitarbeit und Mitwirkung.

Die „Volksfürsorge“ übernimmt Versicherungen auf Todesfall sowie auf Todes- und Erbenfall, Kinderversicherungen, Sparversicherung sowie Versicherungen mit einmaliger Prämienzahlung.

lag vor, in dem die Möglichkeit der Wähler betrautet wird. Müller und auch Korb hatten mit Recht darauf verwiesen, daß der Verbandstag Mittel bewilligen müsse, um die Organisation zu stärken. Die einseitige Diskretion war scharf und man hatte unwillkürlich das Gefühl, daß wenn die Klassenverhältnisse besser, die wirtschaftliche Lage der Mitglieder nicht so bedrängt durch Zement und Kunststein, dann die Kritik nicht so heftig sein würde. Einige regten an, den Posten des zweiten Sekretärs aufzuheben, um auch da zu sparen; andre waren mit der Streikführung nicht einverstanden usw. Der erste Tag ging vollständig darauf mit dem Geschäftsbericht. Auch der Streik in St. Margarethen spielte eine gewisse Rolle, den betreffenden Unternehmern war es leider gelungen, aus der Pfalz in Deutschland circa 30 Streikbrecher anzuziehen. Einige Delegierte ließen durchblicken, als wenn die Zahlstellen in der Pfalz oder der deutsche Verband seine Pflicht hier nicht in genügender Weise getan hätten. Kollege Siebold stellte die Sache richtig. Niemand bedauere es wohl mehr als die deutschen organisierten Steinarbeiter, daß sich eine Anzahl Unorganisirter aus Deutschland dazu hergegeben habe, doch sei es ungerecht, deshalb dem deutschen Verband und dessen Zahlstellen oder Funktionären einen Vorwurf zu machen. Redner geht auf den Streik selbst ein und legt dar, wie es in Deutschland gehandhabt wurde. Auch die Kritik dem Geschäftsbericht und den Klassenverhältnissen gaben ihm Gelegenheit, seinen Standpunkt zu präzisieren unter Zustimmung der Delegierten. — Der Antrag, den zweiten Sekretärposten aufzuheben, wurde abgelehnt und dem Vorstand Deharge erteilt. Der Vorstand hatte eine Art Verhandlsbeirat beantragt, der Kongreß lehnte dieses ab, erklärte aber den Verbandstag in Permanenz bis zur nächsten Generalversammlung, um bei wichtigen Vorzuminen sofort zusammentreten zu können. Auch ein Antrag auf Verschmelzung mit den übrigen Verbänden des Berufs lag vor, der dem Vorstande überwiesen wurde. Der Präsident meinte in drastischer Weise in bezug auf die beantragte Verschmelzung, daß wenn Kranke sich verheiraten, keine gesunden Kinder erzeugt werden können; denn die übrigen in Frage kommenden Verbände stehen schlechter da, wie der Stein- und Zementverband. Die vom Vorstand beantragte Krankenunterstützung wurde ohne Debatte abgelehnt. Recht lebhaft gestaltete sich die Diskussion über die Frage der Beitragsregulierung. Es wurde schließlich beschlossen, ab 1. Juli die Beiträge in jeder Klasse um 10 Cts. zu erhöhen. Es sind drei Klassen und beträgt der Beitrag nunmehr 40, 45, 50 Cts., für weibliche Mitglieder 25 Cts. Dieser Beitrag wird voll an die Hauptkasse abgeführt. Laut Statut sind die Zahlstellen verpflichtet, einen Kollatzschlag von mindestens 10 Cts. zu erheben. Mit 20 gegen 4 Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen, wurde der Beitragserhöhung zugestimmt. Von den angenommenen Anträgen ist noch bemerkenswert: „Der Arbeiter im Unterwald übernimmt, gleich welchen Systems dasselbe sei, ob Einzelübernahme von Arbeiten oder Ausführung derselben in Gruppen, oder wer Arbeiten im Auftrag bei Auftraggebern übernimmt — wird ausgeschlossen.“ Dieser Antrag wird, soweit man deutsche Verhältnisse als Maßstab anlegt, von der Entwicklung oder von den Berufsverhältnissen über den Haufen gerannt.

Es wurden dann noch Anträge angenommen, die eine bessere und schnellere Abrechnung mit den Zahlstellen verheißten sollen; ferner wird beschlossen, ähnlich wie in Deutschland für neue Mitglieder Internistkarten einzuführen; die Fluktuation ist sehr stark. Ein einzelnes Mitgliedsbuch stellt sich auf 47 Cts. im Herstellungspreis, dadurch können einige 100 Franc gespart werden. Geschäftliche Bestimmungen für die Durchführung einer Lohnstatistik wurden angenommen und im übrigen der Vorstand beauftragt, zum nächsten Verbandstag ein neues Statut auszuarbeiten. Eine eingehende Debatte setzte nochmals ein in der Frage des Korros. Die Zürcher Delegierten hatten den Auftrag, den Vorstand abzulehnen, doch stimmten die übrigen Delegierten der Verlegung nicht zu. Zürich bleibt demnach als Vorstand bestehen. Es ist schon deshalb praktisch, weil in Zürich fast alle Sparten der Stein- und Zementbranche vertreten sind, so daß in den Vorstandsvorstand auch die nötigen Vertreter einberufen werden können. Für die beiden Sekretariate wären keine andern vorgeschlagen, sie gelten somit wieder als gewählt. Die Arbeit des Verbandstages war damit erledigt. Durch die Beitragserhöhung ist Gewähr geboten, daß finanziell eine Erholung eintritt, wenn mit der nötigen Einsicht in den Zahlstellen gearbeitet wird. Die Verhandlungen des Verbandstages beschränken sich nur auf zwei Tage, und es wird dadurch immer zu verzeichnen sein, daß am zweiten Tage in aller Eile die Erledigung vor sich gehen muß. Manche wichtige Frage, die einer eingehenden Behandlung bedürftig ist, wird deshalb kurz erledigt. Auf die Dauer wird sich dieser Zustand nicht aufrechterhalten lassen, ohne daß die Organisation darunter leidet. Die vielen Berufsgruppen im Verband (Steinmehrer, Schleifer, Hafner, Porzellanarbeiter, Schornsteinfeger, Kunststeinarbeiter) können auf diese Art keine Anregungen erhalten, die befruchtend auf die Agitation wirken. Einen besonders guten Eindruck machten die Italiener aus Tessin; es waren tüchtige Genossen, die mit einer Einsicht die oft klüglichen, wichtigen Sachen behandelten, daß man sich sagen mußte, dort liegt Schöpfung, guter Geist und Vertrauen auf die Arbeiterorganisation. Die Verhandlungen selbst gestalten sich durch die nötigen Uebersetzungen langwierig, und der auch in deutschen Steinarbeiterkreisen bekannte Genosse Valär hat außerordentliches geleistet, um diese Schwierigkeiten zu überwinden. Das Resultat der Verhandlungen allgemein kann als befriedigend angesehen werden, wohl ist noch vieles zu ändern, doch verschwindet auch jenes noch mit der Zeit; die einzelnen Zahlstellen dürften sich nicht zu autonom betrachten, sondern müßten sich mehr als Teil des Ganzen fühlen. Dadurch erstarkt nicht nur die Gesamtorganisation, sondern zum Wohle der Gesamtmitgliedschaft sind dann auch die Widerwärtigkeiten leichter zu überwinden. Wir freuen uns über die Beschlüsse und wünschen unserer Bruderorganisation eine gedeihliche Entwicklung für die folgende Geschäftsperiode.

Korrespondenzen.

Berlin-Röpenitz. Und ist der Meister noch so klein — er will „der Herr im Hause“ sein. Der von seiner früheren Verbandsmitgliedschaft bekannte Herr Georg Kühn betreibt hier ein Grabsteingewerbe. Solange sich seine Tätigkeit auf dieses beschränkte, war von ihm nichts Näheres zu hören. Da will es der Zufall, daß ihm eine „größere“ Arbeit übertragen wird, und siehe da — es wächert der Mensch mit seinen größeren Zwecken. Zwar war es kein Millionenobjekt, welches ihm in den Schoß fiel, aber doch immerhin eine Arbeit an einem historischen Bauwerk, das nach Jahrhunderten von seinen Erbauern ruhen wird. Damit die Handlungsweise des Herrn Kühn nicht dennoch der Vergessenheit anheimfällt, sei sie während in das Licht gestellt. — Im Genuwald ist eine große Sportanlage geschaffen worden, die allen Sportarten eine Stätte bieten soll. Hierberennen, Radrennen, Olympische Spiele, Schwimmsport, Kampsport usw. Für die Zuschauer ist um die Mesenarena unter freiem Himmel Sitzgelegenheit für 30.000 Personen geschaffen. Um den zu gewöhnlichen Mesenverkehr zu bewältigen, ist ein besonderer Bahnhof mit mehreren Bahnsteigen errichtet. Doch dies nur nebenbei. Die Zuschauertribünen sind terrassenförmig aus Beton hergestellt und wo Beton gestampft wird, fällt gewöhnlich auch eine Kleinigkeit für das Steinmetzhandwerk ab. So auch hier. Einer der Glücklichen, welche ein Stück Scharterarbeit erhielten, war Herr Kühn aus Röpenitz. Mit sechs Mann zog er in den Genuwald, um die durch den berühmten „Hauptmann“ komponierte Ehre Röpenitz wiederherzustellen. — Da kam die Landtagswahl heran. Sonderbarerweise wurden die Gebanten der sechs Steinmehrer nur von dieser befreit. Anstatt sich mit Herrn Kühn über die Beteiligung an derselben ins Einvernehmen zu setzen, beschloßen sie kurzerhand, als derselben ins Einvernehmen zu „Kennen“ zu erscheinen und teilten dies am Vorabend der Wahl Herrn Kühn mit. Was sich nun im Kopfe dieses Herrn abspielte haben mag, vermögen wir kaum auszusagen — genug, mit einer Ausnahme wurden sie für diesen Frevel sofort entlassen. Allerdings war die Arbeit ihrem Ende nahe, womit wir nicht sagen

wollen, daß der Zorn des Gerechten die Verwegenen nicht getroffen hätte, wenn er bis über die Ohren in der Arbeit dringeliegt hätte. Die weitere Bearbeitung übernahm er nun eigenhändig mit seinen Grabsteinarbeitern. Da er weitere Arbeiten angeblich zurzeit nicht hatte und eine Wiedereinstellung der Entlassenen die Entlassung der andern Kollegen im Gefolge haben konnte, so begünstigten sich die Gemahrgelerten mit dem Versprechen des Herrn Kühn, bei event. notwendig werdenden Neueinstellungen zur Beendigung der Steinbahnarbeit in erster Linie berücksichtigt zu werden. — Ist man jedoch verpflichtet, ein gegebenes Versprechen zu halten, wenn es sich um Leute dreht, die die Landtagswahlen höher stellen als die beschleunigte Wollendung einer Rennbahn? Wir wollen uns ein Urteil in dieser schwerwiegenden Frage nicht erlauben. Herr Kühn aus Röpenitz aber entschied sie zugunsten der Verwegenen. Auf zwei Tage und zwei Stunden stellte er noch drei andre Steinmehrer ein, ohne daß diese von der erwähnten Vereinbarung etwas wußten.

Die Gemahrgelerten aber fragen sich jetzt: „Wie konnten wir nur einem Unternehmervort unbedingten Glauben schenken?“
Dier-Hansdorf. Am 15. Mai fand im Lokale Waldfrieden unsere Mitgliederversammlung statt. Als Referent war Kollege Steininger anwesend. Der Referent verstand es, den Kollegen klar zu machen, wie wir uns betreffs der Einhaltung der Tarifverträge zu verhalten haben. Unter Punkt Verschickenes entspann sich eine lebhafteste Debatte. Besonders kritisierten die Kollegen der Firma Kanner die Nichtinhaltung des vor kurzer Zeit abgeschlossenen Tarifs. Ferner erfuhr wir die Kollegen, in Zukunft sich zahlreicher an den Versammlungen zu beteiligen, denn besonders machte sich die Uneinigkeit bei den Naasborfer und Steinberger Kollegen bemerkbar. Auch wurde darauf hingewiesen, unser Versammlungslokal in Zukunft besser zu unterstützen als bisher, denn wir sehen nicht ein, einem andern Wirt das Geld zu bringen, der uns trotz steterm Ersuchen das Lokal zu einer Versammlung verweigert. Zum Schluß der Versammlung wurde ein Arbeiterklub angeknüpft. Wir erlauben die zureichenden Kollegen, bevor sie um Arbeit ansprechen, sich bei der Ortsverwaltung zu melden.

Essen (Ruhr). Am 1. April war der im Jahre 1910 getätigte Arbeitsvertrag abgelaufen. Durch die Bewegung im Baugewerbe hatten die Verhandlungen über einen Neuabschluss des Vertrags eine Verzögerung erfahren. Unter dem Vorhild des Beigeordneten Herrn Rath fanden am 24. Mai im Rathaus zu Essen Verhandlungen statt, die aber kein befriedigendes Resultat ergaben. An Stundenlohnsteigerungen wollten die Unternehmer in drei Tarifjahren 8 Pfg. bewilligen, davon im ersten Jahre keine Erhöhung, im zweiten Jahr einen Pfennig und im dritten Jahr 2 Pfg. Daneben sollten aber noch bei den Stundenlöhnen der Junggefellenen in den 3 ersten Sesselsjahre wesentliche Vorrückungen gegenüber den im alten Vertrag festgelegten Löhnen erfolgen. Ueber die Bezahlung der Akkordarbeiten erfolgte am Nachmittage eine weitere Aussprache. Die Kommission erstattete in der Versammlung Bericht. Nach lebhafter, sehr sachlich verlaufener Debatte wurde in geheimer Abstimmung beschlossen, das Angebot der Unternehmer abzulehnen. Der Lohnkommission wurde aber weiter die Ermächtigung erteilt, falls es von den Geschäftsinhabern gewünscht wird, in weitere Verhandlungen einzutreten. Auch sind die Kollegen bereit, den Tarif zunächst auf ein Jahr abzuschließen. Der Gauleiter wurde beauftragt, Herrn Rath und Herrn Richter den Beschluß der Versammlung mitzuteilen. Zugang von Marmorarbeitern und Steinmehrer nach Essen ist ferngehalten.

Görlitz. Sonnabend, den 17. Mai, fand unsere erste Versammlung nach unserer Lohnbewegung statt. Diese war leider recht schwach besucht, so daß bloß eine allgemeine Besprechung stattfinden konnte. Möge das Interesse der Kollegen, welches vor der Lohnbewegung so stark war, nun nicht schon wieder nachlassen. Zu unserm wirtschaftlichen Kampfe selbst sei den Kollegen, die ja vielleicht schon lange auf einen Bericht im Steinarbeiter genarret haben, folgendes bekanntgegeben. Am 1. Februar wurden die alten Tarife gekündigt und die neuen eingereicht; diese wurden aber von der Firma zurückgewiesen. Weitere von uns und vom Gauleiter angebotene Verhandlungen auf Grund der neuangelegten Tarife wurden wieder nicht angenommen. Auf Grund dieses wenigen Entgegenkommens von Seiten der Firma wurde am 19. April von 25 Kollegen des Steinarbeiterverbandes die Kündigung eingereicht. Auf dieses hin schloß sich die Firma veranlaßt, in Einigungsverhandlungen zu treten; und es kam dann zu folgendem Resultat: die Marmorsteinmehrer erzielten auf den gesamten Tarif einen fünfprozentigen Lohnzuschlag, bei den Granitsteinmehrer und Schleifern wurden verschiedene Positionen und der Stundenlohn erhöht, letzterer um 8 bis 5 Pfg. pro Stunde, so daß auch hier von einer Lohnsteigerung von 4 bis 5 Prozent gesprochen werden kann. Diese Vorschläge wurden von der Versammlung angenommen, und somit war die Görlitzer Lohnbewegung ohne ernstlichen Kampf erledigt. Eine recht eigenartige Stellung nahmen fünf Granitsteine, jetzt im Transport- und Fabrikarbeiterverband organisiert, ein. Als wir die Kündigung einreichten, was ihnen auch von uns mitgeteilt wurde, glaubten diese, den Geschäftsführer fragen zu müssen, was sie nun machen sollten. Da muß man sich doch unwillkürlich fragen, können denn solche Leute noch Mitglieder einer freien Gewerkschaft sein? Diese waren früher bei uns organisiert und spielten da nicht gerade die kleinste Rolle und konnten nicht radikal genug vorgehen. Um so verwerflicher ist ihre Handlungsweise, da sie doch jedenfalls auf die Vorteile, die der Steinarbeiterverband herausgeholt hat, auch nicht verzichten werden. Wähten doch die Arbeiter einsehen, daß ihnen diese Gewerkschaftszersplitterung keinen Nutzen bringt.

Schöft im Odenwald. Seit sieben Wochen kämpfen die hiesigen Steinmehrer, 60 an der Zahl, um die vertragliche Anerkennung eines Stundenlohns von 42 bis 50 Pfg. Die 60 Steinmehrer waren beschäftigt bei 12 Unternehmern, die alle größere Bruchbetriebe haben und kurzbenutzt voneinander wohnen. Einst war hier die Sandsteinindustrie blühend und Hunderte von Steinmehrer gingen ihrer Beschäftigung nach. Die veränderte Bauweise hat die Reiter bezimert und ein rückwärtiges Unternehmertum hat mitgeholfen, denn was Schwerfälligkeit anbelangt, dürfte es in keinem andern Gebiet übertroffen werden. Die Unternehmer sind nicht mit der Zeit gegangen, haben kein Verständnis für die neueren Ansprüche und belangen die „gute alte Zeit“, wo der Arbeiter noch nicht organisiert war, nach Willkür alle vier Wochen im Akkord entlohnt wurde, bei 11-13 tägiger Arbeitszeit, und die Unternehmer sich um Aufrechterhaltung nicht so sehr kümmerten wie heute, weil damals die Nachfrage nach Naturstein lebhafter war. Wenn man mit einzelnen Unternehmern über die Differenzen spricht, kommt es deutlich zum Ausdruck. Andererseits wollen die Unternehmer ohne Vertrag nicht arbeiten lassen, hier sehen die Unternehmer ein Vertragsverhältnis als Untergang an. Bevor die Arbeiter Forderungen stellen, hat sich kein Unternehmer um den andern gekümmert, ja sie haben sich gegenseitig durch Unterbietungen die Arbeit abgejagt. Jetzt, wo die Arbeiter einheitliche Entlohnung fordern, hängen sie wie Ketten zusammen. An und für sich wird gegen eine Vereinigung von unserer Seite kaum etwas eingewendet werden können, nur die Rückwärtserei, die fort erstrebt wird, fordert unsern schärfsten Kampf heraus. Allein schon des Gleichgewichts halber mit andern Bruchbetrieblern, denen von Schöft und Umgebung Konkurrenz gemacht wird, hat auch der Kampf für andre Unternehmer Bedeutung. Bei Beginn des Streiks, als Kollege Siebold vermitteln wollte, wurde er kurzerhand abgewiesen. Nun haben sich die Unternehmer der Führung eines der ältesten anvertraut, der nebenbei bemerkt einige Söhne und etliche Arbeitswillige besitzt, so daß ihn der Streik nicht sehr drückt. Wie da nun im engern Kreise die Beratung anfällt, ist verständlich, nur muß man sich wundern, daß die übrigen in ihrer Kurzsichtigkeit mitmachen. Sie frangulieren sich selbst. Gelegentlich einer Durchfahrt machte Kollege Siebold abermals den Versuch einer Verständigung. Die Unternehmer wurden einzeln aufgesucht und fast jeder erklärte, eine Regelung bezw. Verständigung zu wollen. einer Verhandlung seien sie nicht abgeneigt, jedoch solle Herr Reich der Freunde, die Angelegenheit einleiten. Dieser aber erklärte, unserm Vorstandsvertreter, keine Führung zu haben, wer von

seinen Kollegen das befehlige, sei ein Pfleger. Als er dann gefragt wurde, ob er zu einer eventuellen Verhandlung für sie, meine er, wenn die andern erscheinen, komme er auch usw. Darauf haben wir die Unternehmer zu einer Sitzung eingeladen, aber wie vorausgesehen, erschienen die Unternehmer nicht. Ihr ganzes Versteht ist also Spiegelfechtere. In einer Versammlung am 21. Mai gab Kollege Siebold Bericht und kritisierte die rückwärtige Auffassung der in Frage stehenden Unternehmer. Wenn sie nun glaubt hätten, daß es eine Schwäche unsererseits sei, um Verhandlungen nachzugehen, so liege es jetzt an den Kollegen, durch einmütiges Zusammenhalten den Unternehmern eine andre Auffassung beizubringen. Der Streik dauere also weiter, er hoffe bestimmt, daß die minimalen Forderungen dennoch zur Anerkennung kommen. In der Diskussion erklärten sich sämtliche Kollegen mit den Ausführungen einverstanden. Die auswärtigen Kollegen werden gebeten, Arbeitsangebote nach hier abzulehnen und Zureisenden aus unserm Gebiet beifällig zu sein.

Ipshofen. Am 18. Mai fand unsere Monatsversammlung statt. Am 5. Mai traten die hiesigen Kollegen aus Solidarität mit den Geiselnachern in den Streik, um ein geregelter Arbeitsinstem zu schaffen, damit die willkürliche Entlohnung der Firma Benatz Arnold beseitigt wird. Mit dem wilden Akkordinstem gab es beständig Differenzen. Wurden die Kollegen vorzeitig beim Geschäftsführer, so belamen sie die Antwort: wenn ihr die Stücke um diesen Preis nicht machen wollt, so werden sie in Geiselsack gemacht. Bei den Geiselnachern war es gerade das Gegenteil; dort hieß es: sie werden in Ipshofen oder Reiffenhausen gemacht. Im Punkt Verschickenes wurde das Verhalten des Geschäftsführers Mißbilligend kritisiert. Bevor die hiesigen Kollegen die Arbeit niederlegten, wurde eine Kommission bei ihm vorstellig und erklärte ihm ausdrücklich, daß sie nicht wegen Lohnforderung, sondern aus Solidarität in den Streik treten. Herr Mühl stellte der hiesigen Bürgererschaft die Bewegung ganz verdrehend dar, er machte gleich kund, daß die Kollegen recht hohen Lohn verdient hätten und wären trotzdem nicht aufreizen; er zeigte sogar Verschickenes die Lohnliste. Dieser arbeitstrennende Mann besah sogar die Majorität, diesen Streik als Luxus zu bezeichnen. Wenn er nun den hiesigen Lohn von diesen paar Wochen zeigt, so sollte er aber auch die anderen Löhne zeigen. Betreffs des Luxusstreiks sei ihm zu erwidern, daß jeder vernünftige denkende Mann wohl weiß, wie die Lage in der Steinindustrie steht. Ganz besonders möchten wir Herrn Mühl raten, daß er seine Worte in den öffentlichen Wirtschaften etwas mehr überlegt, sonst müßten wir zu schärferen Mitteln greifen und die Öffentlichkeit etwas mehr vertraut mit ihm machen. Von Seiten der Kollegen wurde allgemein bedauert, daß sich etliche Bauernburshen und sogar ein Invalide dazu hergaben, als Arbeitswillige zu verladen.

Kangentalheim. Am 18. Mai fand hier öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Als Referent war Kollege Kist (Münchberg) erschienen. Er referierte über das Thema: Ziele der Gewerkschaften. Kollege Kist verstand es meisterhaft, die Bestrebungen des Verbandes klarzulegen. Auch beleuchtete er die Kämpfe der Arbeiter seit 50 Jahren. Aus dem Referat ging noch hervor, daß die Lebensmittelpreise enorm gestiegen sind, dagegen die Löhne der Arbeiter noch lange nicht den Ausgleich herbeiführen. Ferner wurden die Militärvorlage und die in Betracht kommenden Steuern noch einer Kritik unterworfen. Nachdem noch die Arbeitslosenunterstützung und das Verhalten des Zentrums in der Frage des Koalitionsrechts einer Kritik unterworfen wurde, erfolgte Schluß der Versammlung. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Auch konnten einige Ausnahmen gemacht werden. Es ist bloß bedauerlich, daß die Steinarbeiter der Gewerkschaft so wenig Interesse entgegenbringen, wo doch hier noch mit Hochdruck und unter miserablen Verhältnissen gearbeitet wird.

München. (Streik im Steinmetzgewerbe.) In einer überfüllten Versammlung haben die Münchner Steinarbeiter am Sonnabend beschlossen, Montags selbst gemeinsam die Arbeit niederzuliegen, weil nicht sämtliche Steinmetzmeister die vor dem Gewerbeamt ausgestandenen zwei Pfennige Lohnsteigerung gewährt und weil sogar noch Abzüge vorgenommen wurden. Nach diesem Beschluß ist alle Steinmetzarbeit, die am Bau, auf dem Friedhof oder an andern Stellen verrichtet wird (auch das Betonarbeiten), als Streikarbeit zu betrachten, wenn die betreffenden Arbeiter nicht im Besitz einer von der Streikleitung ausgestellten Genehmigungskarte sind. Jedweder der Bauarbeiter werden gebeten, arbeitende Steinmetze zu kontrollieren und bei Verstößen der Streikleitung (Metkautant Müllerbad Hans-Sachs-Strasse) Mitteilung zu machen. Der Streik ist nun am Montag perfekt geworden, schuld daran, daß es soweit kam, sind nur die Unternehmer. Die Kollegen sind in bewusster Weise irreführt worden.

Oderode. Am 18. Mai tagte im Freizeiter Hof unsere Monatsversammlung. Leider ließ der Besuch zu wünschen übrig. Diejenigen Kollegen, welche ihre Beiträge noch nicht bezahlt haben, werden aufgefordert, dieselben bald zu begleiden, widrigenfalls sich der Kassierer veranlaßt fühlt, die Säumnigen im „Steinarbeiter“ zu veröffentlichen. Die Einnahmen vom 1. Quartal betragen 803.15 M. und die Ausgaben 499.98 M., bleibt ein Kasseeinstand von 303.19 Mark. Die Wahl eines Schriftführers mußte ausfallen. Kollege Koch gab den Bericht von der Generalversammlung des Gewerkschaftsartikels.

Mies. Am 18. Mai tagte unsere Mitgliederversammlung, die sich hauptsächlich mit den Zuständen in der Marmorfabrik von Schülze befaßte. Stundenlöhne von 34 bis 36 Pfg. sind an der Tagesordnung. Daß mit solchen Löhnen kein menschenwürdiges Dasein zu führen ist, müßte doch zu denken geben. Diese Leute glauben durch Wittgische ihre Lage verbessern zu können, und dadurch stärken sie nur die Macht des Unternehmers. Auch scheint den Leuten gruselig gemacht zu sein, denn wenn sie etwas vom Verband hören, geht es ihnen wie einem gewissen Tiere vorm roten Tuche. Die wenigen organisierten Kollegen möchten wir aber auffordern, fest zur Sache zu halten, denn auch die andern werden noch zu der Einsicht kommen, daß nur eine straffe Organisation imstande ist, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Weiter wurde aufgefordert, von der „Volkshilfsorga“ regen Gebrauch zu machen.

Weifenstadt im Fichtelgebirge. Am 18. Mai fand bei Herrn Fritz Jahn wieder eine Steinarbeiterversammlung statt. Es wurden 4 Kollegen zur Tarifkommission gewählt, und zwar so, daß jede Branche vertreten sein soll. Unter Verschickenes kam ein Antrag vom Werkplatz Heinrich zur Sprache, wonach Duaber angefertigt werden sollten, die nicht im Tarif bezeichnet sind, somit nach Vereinbarung bezahlt werden müßten. Herr Heinrich aber glaubt die Preise selber festsetzen zu können. Daß dieses Gebahren unter den Kollegen Entrüstung hervorruft, ist selbstverständlich. Weiter wurde Klage geführt über die Firma Reiper u. Schörner, die immer unter Tarif bezahlen will. Wenn die Kollegen im Stundenlohn arbeiten, wird ihnen der tariflich festgesetzte Lohn auch nicht vergütet. Weiter wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß die Kollegen, die mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, bei der Disziplinierung um Stundung nachzugehen haben. Ferner wurde der nächste Versammlungsbesuch scharf gerügt.

Am 10. Mai, früh 7 Uhr, ereignete sich im Steinbruch der Verentigen Fichtelgebirgsgranit-Mitgliedschaft ein bedauerliches Unglück. Die Kollegen Probst und Burdner waren am Graben beschäftigt, um einen großen Block zu transportieren. Die beiden Kollegen wollten den Graben übersteigen, um die Arbeit zu erleichtern, jedoch verlor der Probst den Fuß, die Bremie kam ihnen aus. Kollege Burdner wurde zur Seite geschleudert, wobei er sich in der rechten Seite große Schmerzen zuzog. Um so jammervoller erging es Kollegen Probst. Dieser wurde beim Abtransport erlähmt und einmütig mit Beerdigung beauftragt, bis der Arzt nachgegeben hatte. In größter Eile wurde die Sanitätsmannschaft herbeigeholt, weil nicht einmal Notverbandzeug am Platze war. Dieses mußte erst aus dem nahegelegenen Steinbruch geholt werden. Die Sanitätler verbrachten den bedauernswerten Kollegen in das hiesige Krankenhaus, wo durch den Arzt ein Armbruch sowie einige Rippenbrüche konstatiert wurden. An seinem Aufkommen wird geseufelt.

